

Der Nahe Osten und der Einfluss externer Mächte: Kontinuitäten und Brüche im Lichte der Protestbewegungen seit 2011

Thomas Demmelhuber

Zusammenfassung

Die Herausbildung des nahöstlichen Staatensystems im 20. Jahrhundert wurde durch europäische Mächte nachhaltig beeinflusst. Trotzdem entfaltete diese von außen initiierte territoriale Parzellierung der Region über viele Dekaden eine erstaunliche Stabilität, auch weil viele Staaten in regionale und internationale Allianzen eingebunden waren. Ebenso entwickelten diese „jungen Staaten“ nach innen eine integrierende Kraft und stießen ihrerseits in unterschiedlicher Intensität Prozesse der Bildung von nationaler Identität an. Die Protestbewegungen seit 2011 scheinen eine Aufweichung dieser normativen Kraft der territorialen Ordnung zu beschleunigen: Die regionale Ordnung wird poröser, Fragen nationaler Identität werden neu diskutiert und staatliche Symbole in Frage gestellt. Vor diesem empirischen Befund seit 2011 fokussiert der folgende Beitrag das nahöstliche Staatensystem und fragt nach Kontinuitäten und Veränderungen im Einfluss externer Mächte auf die Region.

Die Region des Nahen Ostens ist bereits seit der Antike eine Projektionsfläche externer Mächte (siehe z.B. Alexander der Große, 356-323 v. Chr.) und trotzdem ist es wohl erst die Expeditionsreise von Napoleon und die Eroberung Ägyptens durch sein Korps 1798, welche eine Wendemarke beschreibt und als Zäsur Einzug in die Geschichtsschreibung gefunden hat. Obwohl Napoleons Expedition zuvorderst innenpolitischen Motiven in Frankreich folgte,¹ markieren die Jahre gegen Ende des 18. Jahrhunderts eine Wende, indem sie



Prof. Dr. Thomas Demmelhuber
Stiftung Universität Hildesheim, Institut Universität Hildesheim,
Juniorprofessur für Politikwissenschaft

ein vorher interaktives Verhältnis zwischen Europa und der nahöstlichen Region – auch zu Zeiten der Kreuzzüge – zu einer asymmetrischen Beziehung machten. Edward Said sieht zur gleichen Zeit diese sich verstärkende Asymmetrie in einer vermeintlichen europäischen Höherwertigkeit kulminieren, welche den Mittelmeerraum mit den an Stereotypen überladenen Begriffen „Orient“ und „Okzident“ unterteilte.² Fortan war die Region Spielball europäischer Mächte, die im Zeitalter des Imperialismus und Kolonialismus die Region nach ihren strategischen und ökonomischen Interessen zu durchdringen und diesem Unterfangen einen ebenso legitimen Anspruch zu geben versuchten (z.B. „Mission civilisatrice“ des französischen Imperialismus und „The White Man’s Burden“ für das britische Pendant).

Vorübergehender Ordnungsakteur von Gnaden europäischer Mächte blieb indes das Osmanische Reich. Der Nahe Osten von Nordafrika über die Levante bis zum Persischen Golf gehörte dann auch de jure bis zum Ersten Weltkrieg als relativ autonome Provinz(en) zum Osmanischen Reich. Die Herrschaft der Osmanen, d.h. den „kranken Mann am Bosphorus“³, galt es aus strategischem Kalkül der Europäer und des zaristischen Russlands zu erhalten. Erst der Erste Weltkrieg brach diesen Status quo auf, indem Großbritannien die arabischen Provinzen vom Osmanischen Reich loszulösen versuchte, was nebenbei auch Material für einen oscargekrönten Weltklassiker des Films („Lawrence of Arabia“, 1962) lieferte. Als Gegenleistung für die Parteinahme gegen das Osmanische Reich und die verbündeten Mittelmächte versprachen die Briten den Arabern einen eigenen Staat nach Beendigung der Kampfhandlungen bzw. nach einem Ende der osmanischen Herrschaft (vgl. sogenannte „Hussein-McMahon-Korrespondenz“, 1915/16). Mit Ende des Ersten Weltkriegs galt es dann, diese vielfältigen und sich zum Teil widersprechenden Versprechungen umzusetzen. Und so wurden die Versailler Friedensverträge, welche auch die Neuordnung der ehemaligen Einflussgebiete des Osmanischen Reichs umfassten und zu völkerrechtlich legitimierten Einflussräumen der Europäer machten (Völkerbundmandat), zum Ausgangspunkt für ein regionales Staatensystem, das bis 2011 eine erstaunliche normative Dauerhaftigkeit der territorialen Ordnung entwickelte. David Fromkin bezeichnet indes in seinem gleichnamigen Standardwerk das Versailler Sammelsurium an Friedensverträgen nach Ende der Kriegshandlungen gar als „einen Frieden, der jeden Frieden unmöglich machte“.⁴

Aus Sicht des Jahres 2011 bekommt diese normative Dauerhaftigkeit des regionalen Staatensystems Risse. Die Protestbewegungen des sogenannten „Arabischen Frühlings“ seit 2011 scheinen sogar eine Aufweichung dieser „normativen Kraft des Faktischen“ zu beschleunigen: Die regionale Ordnung wird poröser, Fragen nationaler Identität werden neu diskutiert und staatliche Symbole in Frage gestellt. In einigen Fällen brach die staatliche Ordnung schon vor Ausbruch der Massenproteste in Tunesien oder Ägypten auf (Sudan mit Unabhängigkeit Südsudans, Unabhängigkeitsreferendum 9.-15. Januar 2011), in anderen Ländern steht sie zur Debatte (Syrien) und in weiteren Fällen impliziert die Erosion des staatlichen Institutionengefüges auch einen

Verlust des Gewaltmonopols über Teile des Landes (z.B. Ägypten, Sinai-Halbinsel). Unklar bleibt jedoch, welche Implikationen diese regionale Dynamik von Staatsversagen und Staatszerfall auf die Einbindung der Länder in die regionale und internationale Politik haben wird. Umgekehrt gilt die Frage, hat die internationale Politik überhaupt noch Einfluss auf diese skizzierten regionalen Veränderungsdynamiken?

Im Kontext der beschriebenen zeithistorischen Überlegungen fokussiert dieser Beitrag das nahöstliche Staatengefüge in Abhängigkeit des Einflusses externer Mächte unter Berücksichtigung regionaler Akteure. So soll in einem ersten Schritt die Verflechtung der Region mit externen Mächten zeitgeschichtlich skizziert werden, um in einem zweiten Schritt empirisch die Veränderung oder Nicht-Veränderung des Staatensystems und der herrschaftspolitischen Ordnungsmuster seit 2011 zu erarbeiten. Dieses Ergebnis dient dann in einem letzten Schritt dazu, nach Kontinuitäten und Brüchen in den Einflusskanälen/-mechanismen externer Akteure vor allem im Lichte der Proteste seit 2011 zu fragen, um zu dem zentralen Befund zu kommen, der da wäre: Der Nahe Osten ist nicht nur nach innen im Zuge von 2011 und der Verlaufsvielfalt des „Arabischen Frühlings“ heterogener geworden; die unterschiedlichen Verlaufslinien machen auch eine Pluralisierung der externen Akteure und Einflusskanäle sowie ihre wachsende Herausforderung und Ergänzung durch eine regionale Akteurskonstellation deutlich.

Der Nahe Osten und die internationale Politik

Die Literatur zur Einbettung des Nahen Ostens in die internationale Politik ist umfassend, interdisziplinär und wurde lange Zeit von der variierenden Dominanz der internationalen Politik über die vermeintlich „untergeordnete“ Region des Nahe Ostens geprägt.⁵ Mit dem Rückzug der europäischen Kolonial- und Imperialmächte ab Ende des Ersten Weltkriegs hatten diese Überlegungen zur Verflechtung der Region mit der internationalen Politik zunächst eine wesentliche Veränderung erfahren, da nun mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs de jure und im Laufe des 20. Jahrhunderts auch de facto unabhängige und souveräne Staaten die Partnerseite bzw. die Folie bildeten, auf die es Partikularinteressen zu projizieren und Einfluss geltend zu machen galt. Eine fortlaufende Pluralisierung des Akteursgefüges in der Region ging damit einher, welche spätestens mit dem Rückzug der Briten „East of Suez“ und der folgenden Unabhängigkeit der Golfmonarchien⁶ Anfang der 1970er Jahre ein Ende fand. Parallel dazu stand der globale Systemkonflikt zwischen den USA und der Sowjetunion wie eine „Dachstruktur“, mit welcher regionale und lokale Konflikte in der Region betrachtet und zu erklären versucht wurden (z.B. Suezkrise/-krieg, 1956).

Erst mit der weltpolitischen Zäsur von 1989/90 und dem Ende der Bipolarität veränderte sich die Einbindung des Nahen Ostens in die internationale Politik, einerseits ökonomisch durch Teilhabe an der globalen Arbeits- und

Güterteilung und andererseits auch durch „neue“, proaktiv handelnde Akteure in der Region (z.B. Europäische Union: multiple Ebenen der Mittelmeerpolitik und weitere Politikinitiativen). Dies brachte auch eine stärkere Berücksichtigung der Wechselseitigkeit, Dynamik und Fluidität der Beziehungen zwischen der Region und der internationalen Politik mit sich. Louise Fawcett schreibt dazu treffend, dass die Politik auf eine komplexe Weise von lokalen, regionalen, internationalen und transnationalen Zwängen bestimmt wird und ein analytischer Zugang dementsprechend auch eine Mischung aus mehreren Ansätzen brauche.⁷ Und trotz dieses verstärkten Fokussierens auf Formen der Wechselseitigkeit mitsamt ihrer Abbildung auf internationale, regionale und lokale Ebenen, blieben Fragen nach der pauschalen Gültigkeit von Annahmen dominant, wie zum Beispiel in der externen Demokratieförderung oder in Fragen nach der Demokratieresistenz der Region, in welchen ebenso wiederholt Kategorien des „Arab exceptionalism“ entwickelt wurden und der Nahe Osten für ein „schwarzes Loch der Demokratie“ und der Stagnation stand.⁸

Die Veränderungsdynamik von „unten nach oben“, der präzedenzlose generationenübergreifende Massenprotest in einigen Ländern seit 2011 ist nun aber kein Produkt externer Einflussnahme – auch wenn das das normative Ziel zahlreicher Akteure gewesen wäre – sondern vielmehr Ergebnis einer innenpolitischen Mobilisierung im Kontext tiefgreifender Legitimitätskrisen der autoritären Regime in der Region.

Pluralisierung der Veränderung seit 2011⁹

Drei Jahre nach Beginn des „Arabischen Frühlings“ lassen sich mindestens vier Verlaufslinien der politischen Veränderung und der Kontinuität identifizieren: In Ägypten und Tunesien zeigen sich substantielle politische Veränderungen, die Prozesse des Regimewechsels umfassen. Welches Endprodukt an Regimetypus dieser Regimewechsel in den beiden Republiken mit sich bringt, ob autoritäre oder demokratische Transformation, bleibt abzuwarten. Alleine der Blick auf Ägypten genügt, um die Varianz der Ergebnisse zu erkennen, nachdem das Militär am 3. Juli 2013 zum zweiten Mal putschte und durch extralegale Mittel einen Regimewechsel anstieß. Fest steht aber, dass beide Länder einen sehr schnellen Veränderungsprozess durchliefen, gerechnet vom Beginn der Proteste bis zur Flucht von Ben Ali ins saudische Exil am 14. Januar 2011 bzw. bis zum Rücktritt von Hosni Mubarak am 11. Februar des gleichen Jahres. In beiden Post-2011-Verläufen zeigt sich im Kontext der Fragestellung in diesem Beitrag, dass externe Akteure von der plötzlichen Dynamik des Protests überrascht wurden und erst in den Wochen nach Beginn der Proteste explizite Standpunkte einnahmen. In beiden Ländern stehen währenddessen trotz signifikanter Stressfaktoren die staatliche Ordnung und damit die territoriale Integrität nicht zur Debatte und dem Staat gelingt es in letzter Konsequenz, seinem Gewaltmonopol Rechnung zu tragen.

Im Gegensatz zu diesen Beispielen des Regimewechsels bei fortdauernder Staatlichkeit lassen sich in anderen Ländern durch die seit 2011 befeuerte politische Veränderungsdynamik Bürgerkriege verzeichnen, die durch formale und informelle Intervention der regionalen und internationalen Staatengemeinschaft nachhaltig beeinflusst wurden. Im Falle von Libyen war es die UNO-Sicherheitsratsresolution 1973, welche eine Flugverbotszone über Libyen beschloss und Waffengewalt für deren Durchsetzung zuließ. Im Falle des Jemens war es die überwiegend diplomatische Intervention des Golfkooperationsrats (GKR), welche den regierenden Präsidenten Saleh zu einem gesichtswahrenden Abgang brachte und den ehemaligen Vizepräsidenten Hadi in das Präsidentenamt hievte, das Grundproblem der defizitären staatlichen Durchriffsgewalt jenseits der Hauptstadt Sanaa aber nicht löste. Auch Syrien ist ein Beispiel für den Einfluss der internationalen als auch der regionalen Staatengemeinschaft, wobei die beteiligten Akteure zu keinem Konsens kommen und jeweils konkurrierende Partikularinteressen verfolgen. Dementsprechend komplex ist die Einbettung der syrischen Akteurskonstellation in regionale Netzwerke, Allianzen und Feindschaften, welche das Land zu einem Stellvertreter-Schauplatz regionaler Konfliktlinien machen. Vor allem Syriens enge Bindung zum iranischen Regime beeinflusst hier das Handeln der Golfmonarchien in ihrem Bestreben, die syrische Opposition und die Rebellen gegen das Assad-Regime nicht nur verbal, sondern auch mit Waffenlieferungen, Logistik und direkten Transferzahlungen zu unterstützen.

Neben diesen Beispielen vielfältigster politischer Veränderung fällt eine autoritäre Dauerhaftigkeit in einzelnen Republiken – wie am Beispiel Algerien deutlich wird – auf, die im Vergleich zu Ägypten und Tunesien in Bezug auf ihre sozioökonomischen und herrschaftspolitischen Ausgangsbedingungen eine große Schnittmenge aufweisen würden. Dennoch scheint sich hier der Bürgerkrieg der 1990er Jahre im kollektiven Gedächtnis der algerischen Gesellschaft verfestigt zu haben und ein Hemmnis für eine analoge breitenwirksame und generationenübergreifende Massenmobilisierung zu sein (neben weiteren Erklärungsfaktoren, wie z.B. Ressourcenreichtum und Struktur der Herrschaftselite). Dieses Argument von Gewalt im kollektiven Gedächtnis einer Nation oder Gesellschaft hat auch in den anderen, nicht von Massenprotesten betroffenen Republiken Erklärungskraft: den Libanon, den Irak oder den Sudan eint ein Bürgerkriegstrauma aufgrund konfessioneller Konflikte (Libanon, 1975-90), externer Intervention (Irak, 2003) oder Sezessionsbestrebungen (Sudan, 1983-2005).

Eine derartige herrschaftspolitische Dauerhaftigkeit beschränkt sich nicht nur auf die Republiken, sondern zeigt sich umso offenkundiger in den Monarchien auf der arabischen Halbinsel, aber auch in Jordanien und Marokko. Salopp formuliert, ließe sich hier also von einer Mobilisierungslücke mit einer signifikanten Häufung von Protest in den Republiken sprechen, welche selbstredend nach Begründungsmustern vor allem im Kontext offenkundiger Ähnlichkeiten in der Ausprägung der Staatsform verlangt, in diesem Beitrag bei vorliegender Fragestellung aber nicht thematisiert werden kann. An die-

ser Stelle sollen die vier Verlaufslinien hingegen einen zentralen Aspekt unterstreichen: Die Region befindet sich in einem ergebnisoffenen herrschaftspolitischen und in einigen Fällen staatlichen Veränderungsprozess, was die territoriale Ordnung mit einschließen kann. Die Region ist heterogener geworden und dennoch, die Veränderung, der Druck nach Veränderung kam von innen, aufgrund von durch variierende Legitimitätskrisen angestoßenen Protestbewegungen und nicht von außen durch den Einfluss externer Akteure. Zwar lässt sich gerade in der zweiten Verlaufslinie massiver Einfluss externer Akteure identifizieren, dieser manifestierte sich aber erst *ex post factum*, nachdem sich eine vollumfängliche Protestbewegung gegen die geltende herrschaftspolitische Ordnung formierte. Über einen Blick auf sich verändernde regionale und internationale Konstellationen der Akteure lässt sich dies im Folgenden veranschaulichen.

Akteursebene seit 2011: Kontinuitäten und Brüche

Aus Perspektive des Jahres 2013 lassen sich zwei Akteursebenen identifizieren, auf welche sich Modi des Einflusses von externen Mächten auf regionale, nationale und lokale Aspekte verdichten lassen: *erstens* auf internationaler Ebene als Konstante seit Herausbildung des nahöstlichen Staatengefüges und *zweitens* auf regionaler Ebene, mit signifikant wachsender Bedeutung für die internationale Politik.

Akteure außerhalb der Region

Nach Ende des Kalten Krieges durchlief die Region des Nahen Ostens eine kurze Phase des dominanten Einflusses von Seiten der USA als einzig verbliebene Weltmacht, der aber bereits ab Beginn der 1990er Jahre durch variierende Muster von nichtstaatlichen Akteuren ergänzt wurde (z.B. Weltbank, Internationaler Währungsfond, IWF oder Welthandelsorganisation, WTO). Auch die Europäische Union – parallel zu ihrem fortlaufenden Versuch, sich eine außenpolitische Akteursqualität zu geben – erweiterte ihr außenpolitisches Portfolio gegenüber der Region. Ohne an dieser Stelle inhaltliche Widersprüche und Gegensätze zu identifizieren (siehe weiter unten), waren bis 2011 von Dritten nur ansatzweise Versuche zu erkennen, die Dominanz von externen Akteuren aus Europa und den USA in den Beziehungen mit der Region herauszufordern (trotz einiger Versuche, z.B. der chinesischen Regierung).

Mit Beginn der regionalen Veränderung und Nichtveränderung scheint sich diese Verfestigung massiv aufzuweichen. Mit Russland befindet sich nun ein „major player“ wieder in einem Versuch, auf dem regionalen diplomatischen Parkett an frühere Phasen zu Zeiten des Kalten Krieges anzuknüpfen. Die Vermittlung im Syrien-Konflikt, die Abwendung von US-amerikanischen Militärschlägen in letzter Sekunde, das Abkommen über die Zerstörung sämt-

licher chemischer Waffen des syrischen Regimes, gehen wesentlich auf Initiativen russischer Diplomatie zurück. Auch der Militäreinsatz in Libyen wurde erst zu einer wirklich greifbaren Option, als China und Russland ihren Widerstand im UNO-Sicherheitsrat aufgaben und der Sicherheitsrat die Resolution 1973 ohne Gegenstimme verabschiedete (mit Unterstützung regionaler Akteure, siehe weiter unten). Auch die stärkere Zurückhaltung der US-Administration nach dem erneuten Putsch des ägyptischen Militärs (aufgrund geltendem Recht),¹⁰ die seit den 1980er Jahren geleisteten Transferzahlungen stärker zu konditionieren, scheint die Historie der ägyptisch-russischen Beziehungen wiederzubeleben (siehe auch Staatsbesuch von Präsident Putin im November 2013). Im Oktober 2013 kam es unter anderem zu einer teilweisen Blockierung von US-Geldern, nachdem zuvor im Juli des gleichen Jahres bereits Lieferungen von Rüstungsgütern (Kampfflugzeuge des Typs F-16) zurückgehalten wurden. In diese Pluralisierung der internationalen Akteure fügt sich nun eine zum Teil korrespondierende, zum Teil autonome, aber in der Summe immer wichtiger werdende regionale Akteurskonstellation ein.

Regionale Einflussmodi

Die kontinuierlichen Einflusskanäle internationaler Akteure werden durch regionale Akteure erweitert, ergänzt und herausgefordert. Der Ursprung dieses Einflussmoments geht bereits auf die Herausbildung des nahöstlichen Staatensystems mit unabhängigen Staaten zurück und fand in den 1950er und 60er Jahren einen ersten Höhepunkt. Ägypten strebte in dieser Zeit für sein nasseristisches Staats- und Gesellschaftsmodell eine territoriale Expansion an und sah vor allem die Monarchien der arabischen Halbinsel als rückständig und dem Verfall geweihte politische Ordnungsmodelle an – eine Auseinandersetzung, die Malcom Kerr 1971 als „Arab Cold War“ beschrieb.¹¹ Erst mit den beiden Ölkrisen der 1970er Jahre, der katastrophalen Niederlage der Ägypter und ihrer Verbündeten im Sechs-Tage-Krieg (1967) und dem Scheitern des ägyptischen Nasserismus vollzieht sich seitdem eine geostrategische und geoökonomische Kräfteverschiebung in Richtung der arabischen Halbinsel und ihrer Staaten. Diese erlangen durch steigende Kapitalzuflüsse aufgrund ihrer Rohstoffressourcen sukzessive nicht nur ökonomische sondern auch politische Gestaltungskraft. So ist Saudi-Arabien das einzige arabische Land, das in den G20-Treffen als Vollmitglied involviert ist und im Zuge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 in diesem informellen Beratungs- und Steuerungsgremium der Weltwirtschaft eine bedeutsame Rolle spielt. Einher ging damit ebenso eine Verdichtung sub-regionaler Organisationen (z.B. Golf-Kooperationsrat, GKR 1981). Diese neuen regionalen Machtzentren spiegeln sich nun in den Konfliktlinien und Veränderungsdynamiken seit 2011 wider, was im Folgenden exemplarisch nachgezeichnet und begründet werden soll.

Die Golfstaaten, allen voran Saudi-Arabien und Katar, unterstützen in Syrien die Rebellen gegen das mit dem Iran verbündete Assad-Regime. Ägypten erhält großzügige Finanzhilfen aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, um die makroökonomische Notlage seit 2011 und insbesondere nach dem zweiten Putsch 2013 abzufedern. In Libyen und Tunesien unterstützen die Golfstaaten einzelne politische Akteure aus dem religiösen Spektrum. Im Jemen erzielte die Initiative des GKR eine temporäre Stabilisierung, wohingegen im Falle der Proteste in Bahrain schnellstmöglich Truppen zur Unterstützung des Herrscherhauses entsandt wurden. Aber auch in der langen Historie von Konflikten in der Region, z.B. im Nahostkonflikt oder auch im von konfessionellen Konflikten zerrissenen Libanon intervenieren vermehrt regionale Akteure, wie Saudi-Arabien oder Katar. Dieses Engagement wird im Falle von Katar des Weiteren flankiert durch eine mediale Verbreitung der Außenpolitik durch den Satellitenfernsehsender al-Jazeera, der sich im Besitz der Herrscherfamilie Al Thani und ihres weit verzweigten Unternehmensimperiums befindet. Der Alleinvertretungsanspruch in der Konfliktlösung, Vermittlung und/oder Einmischung auf Seiten der internationalen Politik wird dabei sukzessive relativiert und trotzdem bleibt die Frage nach der Begründung des oben genannten, zum Teil widersprüchlichen Verhaltens regionaler Akteure.

Die Handlungslogik für die kapitalstarken Monarchien der arabischen Halbinsel erklärt sich über vier, zum Teil überlappende Interessensagenden: *Erstens* sind es geostrategische Überlegungen, zum Beispiel im Falle Syriens, den Einfluss des iranischen Regimes zurückzudrängen, da sich die Golfstaaten selbst in einem Konflikt um die Vormachtstellung im – je nach Perspektive – Arabischen/Persischen Golf befinden. Der Iran verursachte in jüngeren Jahren durch seine konventionelle Streitmachtstärke aber auch durch sein umstrittenes Atomprogramm ein beispielloses Aufrüsten der Golfmonarchien. Alleine für das Jahr 2012 haben sich deutsche Rüstungsexporte in die Golfregion verdoppelt,¹² was mit einem qualitativen Technologiesprung einhergeht, der die Golfstaaten nun auch zu Importeuren von hochentwickelten US-amerikanischen Abwehrraketensystemen macht (u.a. THAAD und Patriot PAC-3 SAM). Laut Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) wird Saudi-Arabien im Zeitraum von 2013 bis 2017 weltweit zum fünfgrößten Waffenimporteur aufsteigen.¹³

Zweitens sind es herrschaftspolitische Überlegungen, welche zuvorderst auf Kontinuität der eigenen Herrschaftsstrukturen setzen, sofern sie nicht im Widerspruch zu geostrategischen Überlegungen stehen. Nur darüber lässt sich erklären, dass z.B. Saudi-Arabien mit Unterstützung des Golf-Kooperationsrats im März 2011 Truppen ins benachbarte Bahrain schickte, um dem durch Massenproteste in Bedrängnis geratenen alliierten Herrscherhaus der Al Khalifa zur Hilfe zu eilen, und in anderen Fällen gezielt regimeoppositionelle Gruppen unterstützt. Innerhalb der Monarchien der arabischen Halbinsel ist an dieser Stelle „monarchische Solidarität“ das vereinigende Element unter ansonsten auch uneinigen, zum Golf-Kooperationsrat zusammengeschlossenen Partnern.

Drittens ist auf variierende konfessionelle Konfliktlinien zu verweisen, die ebenso zu widersprüchlichen Handlungslogiken führen können. Im Falle von Syrien ist aus Sicht der sunnitischen Herrschaftshäuser auf der arabischen Halbinsel das alawitische Assad-Regime Teil einer häretischen Sekte und nicht Teil der muslimischen Glaubensgemeinschaft. Darüber leitet sich eine Begründung für die massive finanzielle aber auch materielle Unterstützung syrischer Rebellengruppen ab. Gerade die dritte Interessensagenda offenbart widersprüchliche intra-regionale Handlungsstrategien: Vereint im Falle Syriens (zumindest gegen das Assad-Regime), verfolgen Saudi-Arabien und Katar gegenüber Ägypten völlig konträre Ziele: Während Saudi-Arabien den Aufstieg der Muslimbruderschaft und die Teilnahme am politischen Prozess inklusive einer Parteigründung mit Argwohn betrachtete, eher auf eine Stärkung der radikalen Salafisten setzte und folgerichtig den zweiten Militärputsch der Generäle begrüßte, unterstützte Katar die Präsidentschaft von Mursi aus dem Spektrum des moderaten politischen Islam massiv.

Viertens und *letztens* ist ebenso auf die Historie regionaler Konflikte zu verweisen, die zum Teil überraschende Allianzen hervorbringt und im Falle der schillernden Figur des Revolutionsführers Libyens, Muammar al-Gaddafi, zu einer Teilnahme arabischer Staaten an der Durchsetzung der skizzierten UNO-Sicherheitsresolution 1973 führte und die Militärintervention in Libyen vereinfachte und beschleunigte. Eine internationale Intervention war hierbei offenkundig das geringere Übel und ein willkommenes Mittel zum Zweck, den regionalpolitisch unberechenbaren Gaddafi zu schwächen und letztlich zu stürzen. Die Historie regionaler Konflikte mit der wachsenden Einbindung regionaler Akteure und ihrer Interessen zeigt sich ebenso anschaulich in der Genese des Nahostkonflikts zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Anrainerstaaten (exklusive Ägypten und Jordanien, die seit 1978 bzw. 1994 einen Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet haben). Zwar wird im Nahostkonflikt und in den Verhandlungen zu einer Friedenslösung den USA unisono die zentrale Akteursqualität zugeschrieben, unter anderem durch die traditionell guten Beziehungen zur israelischen Regierung. Dennoch ist in den vergangenen Jahren eine signifikante Zunahme regionaler Akteure erkennbar, die sich auch in Bezug auf die Qualität der Einflussnahme niederschlägt. Einerseits hat auf Seiten der arabischen Konfliktparteien der traditionelle Vermittler Ägypten längst Konkurrenz durch Saudi-Arabien bekommen. Der 2002 lancierte Friedensplan von König Abdullah (damals Kronprinz) ist mittlerweile Verhandlungsgrundlage auf Seiten der Arabischen Liga. Andere Regionalakteure versuchen durch Unterstützung von Konfliktparteien oder einzelnen Akteuren ihren eigenen strategischen Partikularinteressen Rechnung zu tragen (z.B. Unterstützung der Hizbullah oder der Hamas durch das iranische Regime), was die konfliktive Gemengelage nur noch komplexer macht. Andererseits ist auch auf Seiten der israelischen Regierung ein sukzessives Emanzipationsstreben erkennbar, mit einer einhergehenden selbstbewussten Ablehnung einer Einmischung in innen- und außenpolitische Angelegenheiten durch die internationale Politik, sofern sie nicht deckungsgleich mit der eigenen Interessensagenda ist.

Fazit und Blick nach vorne

In der historischen und gegenwartsbezogenen Aufarbeitung des Einflusses externer Akteure auf die Region des Nahen Ostens lassen sich als Befund drei zentrale Argumente festhalten: *Erstens*, mit der Veränderungsdynamik des „Arabischen Frühlings“ haben sich die Akteure und Mechanismen des Einflusses sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene pluralisiert. Trotz der von innen entstandenen Veränderungsdynamik – welche nicht das Ergebnis externer Einflüsse z.B. über Modi der Demokratieförderung ist – besteht *zweitens* ein weiterhin konstanter Einfluss der internationalen Politik, der sich aber auf Ebene der Akteure nach einer kurzen Periode nach Ende des Kalten Krieges, wiederum vervielfacht hat (vor allem Europäische Union, Russland und China neben den USA). Dieser Einfluss führt in einzelnen Politikfeldern – was in diesem Beitrag aus Platzgründen nicht thematisiert wurde – weiterhin zu zum Teil tiefsitzenden neokolonialen Ressentiments und einer generellen „Nichteinmischungs-Haltung“ auf Seiten der Staaten der Region. Im Längsschnitt zeigt sich *drittens* eine signifikante Zunahme von regionalen Akteuren, welche ihre regionalen Partikularinteressen mit zunehmendem Nachdruck verfolgen und aufgrund eines machtpolitischen Zuwachses auch verfolgen können. Dies erfolgt zum Teil in Allianz mit internationalen Akteuren und zum Teil auf „eigene Karte“. Der Einfluss internationaler Akteure wird dabei nicht zurückgedrängt, aber durch die regionale Gestaltungskraft von Staaten wie z.B. Saudi-Arabien relativiert. Summa summarum ist der ursächlich strukturbildende Einfluss der internationalen Politik zwar schon lange vor dem „Arabischen Frühling“ passé. Er wurde aber durch die Ereignisse von 2011 beschleunigt und auf eine präzedenzlose Weise offensichtlich.

Anmerkungen

- 1 Thomas Philipp/Moshe Perlmann (Hg.), 'Abd al-Rahman al-Jabarti's History of Egypt, vol. III & IV, Franz Steiner: Stuttgart 1994, S. 1-6.
- 2 Edward W. Said, Orientalism, Penguin Books: London 2003, S. 3.
- 3 Parallel entwickelte sich in Europa die sogenannte „Eastern Question“, in Bezug auf die von Zar Nikolaus I. geprägte Bezeichnung des Osmanischen Reichs als den „kranken Mann am Bosphorus“.
- 4 David Fromkin, A Peace to End All Peace. The Fall of the Ottoman Empire and the Creation of the Modern Middle East, Henry Holt: New York, NY 2009 (2. Taschenbuchauflage).
- 5 Exemplarisch einige Standardwerke: Leonard Binder, „The Middle East as a Subordinate International System“, in: World Politics 10, Nr. 3 (1958), S. 408-429; L. Carl Brown, International Politics and the Middle East. Old Rules, Dangerous Game, I.B. Tauris: London 1984; Bassam Tibi, Konfliktregion Naher Osten. Regionale Eigendynamiken und Großmachtinteressen, Beck: München 1989; Raymond Hinnebusch/Anoushiravan Ehteshami (Hg.), The Foreign Policies of Middle East States, Lynne Rienner: Boulder, CO 2002.

- 6 In diesem Beitrag umfasst der Begriff „Golfmonarchien“ oder „Monarchien der arabischen Halbinsel“ die Staaten Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und den Oman.
- 7 Louise Fawcett, „Alliances, Cooperation and Regionalism in the Middle East“, in: Louise Fawcett (Hg.), *The International Relations of the Middle East*, Oxford University Press: Oxford 2013³, S. 186-190.
- 8 Exemplarisch dazu: Thomas Carothers, „The End of the Transition Paradigm“, in: *Journal of Democracy* 13, Nr. 1 (2002), S. 5-21; zum „Arab exceptionalism“, vgl. Iliya Harik, „Democracy, „Arab Exceptionalism“, and Social Science“, in: *Middle East Journal* 60, Nr. 4 (2006), S. 664-684.
- 9 Dieser Abschnitt nimmt Bezug auf Gedanken des Autors, entwickelt in dem Aufsatz: Thomas Demmelhuber, „Der Arabische Frühling seit 2011: Pluralität der Veränderung und die Suche nach Erklärungsansätzen“, in: Oliver Hidalgo/Holger Zapf/Ahmet Cavuldak/Philipp Hildmann (Hg.), *Demokratie und Islam: Theoretische und empirische Studien*, VS Verlag: Wiesbaden 2014 (im Erscheinen).
- 10 „None of the funds [...] shall be obligated or expended to finance directly any assistance to the government of any country whose duly elected head of government is deposed by military coup d’etat [...]“ (Department of State, Foreign Operations, and Related Programs Appropriations Act, 2012: Title VII; Sec. 7008, S. 69-70 [Zugriff: <http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/BILLS-112s1601pcs/pdf/BILLS-112s1601pcs.pdf>].
- 11 Das fügte sich in einen „modernisierungstheoretischen Zeitgeist“ ein, vgl. dazu: Daniel Lerner, *The Passing of Traditional Society*, Free Press: New York, NY 1964; für ein Standardwerk zum regionalen Mächtewettkampf zwischen Ägypten und Saudi-Arabien sowie deren jeweils Verbündete, vgl. Malcom Kerr, *The Arab Cold War. Gamal Abd al-Nasir and His Rivals, 1958-1970*, Oxford University Press: London 1971.
- 12 „Deutschland verdoppelt Waffenexporte in die Golfstaaten“, in: *Handelsblatt*, 22. Februar 2013 [Zugriff: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/medienbericht-deutschland-verdoppelt-waffenexporte-in-die-golfstaaten/7822964.html>].
- 13 Paul Holtom/Mark Bromley/Pieter D. Wezeman/Siemon T. Wezeman, „Trends in International Arms Transfers, 2012“, in: *Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), SIPRI Fact Sheet March 2013*, Stockholm 2013, S. 8 [Zugriff: <http://www.sipri.org/>].